

Johannes Florian Kontny

HERRSCHAFTSSICHERUNG AN DER PERIPHERIE?
DIE TRANSFORMATION DER STÄDTISCHEN SELBST-
VERWALTUNG IN EUPEN UND ZNOJMO/ZNAIM NACH
DEM ERSTEN WELTKRIEG (1918-1922)¹

Die Grenzveränderungen in Europa nach dem Ersten Weltkrieg wirkten sich direkt auf die lokalen Gesellschaften an diesen Grenzen aus. Diese Veränderungen betrafen insbesondere die Grenzregionen der in Ostmitteleuropa neu entstandenen Nationalstaaten. In den ostmitteleuropäischen „Zwischenräumen“ hatte schon vor dem Krieg ein starker Zwang geherrscht, die Bewohner eindeutig einer Nation zuzuordnen.² Für Grenzregionen wie Nordschleswig und Südtirol brachte das Kriegsende die Eingliederung in einen anderen Nationalstaat, wodurch auch im westlichen Europa neue nationale Minderheiten entstanden.³ Der Herrschaftswechsel an der Grenze war jedoch nicht nur mit einem neuen Grenzregime verbunden, sondern hatte auch Folgen für die lokale Selbstverwaltung. Denn während der neue Souverän seine Präsenz durch das Hissen der Fahne an den Rathäusern zeigte, vollzog sich in ihrem Inneren die Ablösung der bestehenden Selbstverwaltungsgremien und Bürgermeister. Der neue Staat versprach auch auf lokaler Ebene einen höheren Grad an politischer Partizipation, da die Wahlen der städtischen Selbstverwaltung nicht länger von Wählerklassen und Steuerleistungen bestimmt waren, sondern die Stimmen aller Bürger gleich viel Gewicht erhielten. In national umkämpften Städten wie dem südböhmischen České Budějovice/Böhmisch Budweis entsprach dieser lokalpolitische Wandel der neuen nationalstaatlichen Ordnung. Die ersten Wahlen erbrachten die Stimmenmehrheit tschechischer Parteien und die Ablösung der amtierenden deutschen Bürgermeister.⁴

¹ Der Beitrag geht aus der Dissertation des Verfassers hervor, die am Institut für Ost-europäische Geschichte der Universität Wien entsteht. Der Verfasser dankt Dr. Ines Koeltzsch und den Gutachtern für ihre Kommentare.

² Zum Begriff „Zwischenräume“ siehe *Ther*, Philipp: Einleitung. Sprachliche, kulturelle und ethnische „Zwischenräume“ als Zugang zu einer transnationalen Geschichte Europas. In: *Ders./Sundhussen*, Holm (Hgg.): Regionale Bewegungen und Regionalismen in europäischen Zwischenräumen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Marburg 2003 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 18) IX-XXIX.

³ Zur Nationalisierung von Nordschleswig und Südtirol im ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert im Vergleich siehe *Petri*, Rolf: Nordschleswig und Südtirol. „Heimat“ im Kontext multipler Identitäten. In: *Ders./Müller*, Michael G. (Hgg.): Die Nationalisierung von Grenzen. Zur Konstruktion nationaler Identität in sprachlich gemischten Grenzregionen. Marburg 2002 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 16) 161-197.

⁴ *King*, Jeremy: *Budweisers into Czechs and Germans. A Local History of Bohemian Politics, 1848-1948*. Princeton 2005, 161 f.

Der vorliegende Beitrag setzt sich mit den Auswirkungen des Herrschaftswechsels auf die lokale Selbstverwaltung in zwei grenznahen Kleinstädten auseinander, die nach dem Ersten Weltkrieg die staatliche Zugehörigkeit wechselten. Das Ziel ist es, ein Beispiel aus einem neugegründeten Nationalstaat in Ostmitteleuropa mit einem westeuropäischen Fall, in dem ein bereits bestehender Nationalstaat nach Kriegsende Territorium hinzugewann, zu vergleichen.

Die Pariser Vorortverträge erlegten den Staaten Europas unterschiedliche Regelungen zum Umgang mit ihren Minderheitenbevölkerungen auf. Während die Länder Ostmitteleuropas dem Minderheitenschutzsystem des Völkerbundes unterstanden, war das für die westlichen Staaten nicht der Fall.⁵ Wie Tara Zahra in ihrer Studie zur Klassifizierung der Bevölkerung in den Grenzgebieten der Tschechoslowakei und im Elsass deutlich gemacht hat, war das „Minderheitenproblem“ der Zwischenkriegszeit nicht auf die neuen Nationalstaaten im östlichen Europa beschränkt. Auch wenn das Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit in Frankreich anders war als in der Tschechoslowakei, agierte die französische Politik teilweise restriktiver und diskriminierender gegenüber der Bevölkerung des neu hinzugekommenen Landesteils als die tschechoslowakische Verwaltung in ihren Grenzgebieten.⁶ Welche Folgen der Herrschaftswechsel auf kommunaler und Gemeindeebene hatte, ist bisher nicht in komparativer Perspektive erforscht worden und soll hier anhand von zwei Grenzstädten untersucht werden: Eupen an der belgisch-deutschen Grenze und Znojmo/Znaim an der mährisch-niederösterreichischen beziehungsweise österreichisch-tschechoslowakischen Grenze.⁷

Für die politische Elite Belgiens wie der Tschechoslowakei lagen die beiden etwa 750 Kilometer voneinander entfernten Städte im Idealraumbild, dem „imaginierten Territorium“ des Staates, dem sie nach 1918 angehörten.⁸ Belgien berief sich bei den Verhandlungen zum Vertrag von Versailles auf die frühere Zugehörigkeit der preußischen Kreise Eupen und Malmedy zu Territorien des Heiligen Römischen Reichs, die sich seit der Gründung des belgischen Staates 1830 mehrheitlich in Belgien befanden.⁹ Für Belgien, das einer der Hauptschauplätze des Ersten Weltkriegs gewesen war, stellte dieses Gebiet die einzige territoriale Kompensation dar.¹⁰ Die Tschecho-

⁵ Scheuermann, Martin: Minderheitenschutz contra Konfliktverhütung? Die Minderheitenpolitik des Völkerbundes in den zwanziger Jahren. Marburg 2000 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung 6).

⁶ Zahra, Tara: The „Minority Problem“ and National Classification in the French and Czechoslovak Borderlands. In: Contemporary European History 17 (2008) vol. 2, 137-165.

⁷ Wegen der nationalen Zusammensetzung der Stadtbevölkerung wird die Nennung des tschechischen und deutschen Ortsnamens im Folgenden durchgehend beibehalten.

⁸ Zum Konzept des „imaginierten Territoriums“ siehe Haslinger, Peter: Nation und Territorium im tschechischen politischen Diskurs 1880-1938. München 2010 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 117).

⁹ Pabst, Klaus: Eupen-Malmedy in der belgischen Regierungs- und Parteienpolitik 1914-1940. In: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 76 (1964) 206-516, hier 224-245.

¹⁰ Balace, Francis: Belgien und die Ostkantone im Versailler Vertrag. Irredenta-Gebiet, militärische Pufferzone oder Trostpreis? In: Brüll, Christoph (Hg.): Zoom 1920-2010. Nachbarschaften neun Jahrzehnte nach Versailles. Eupen 2012, 73-102.

slowakei begründete ihren Anspruch auf Znojmo/Znaim einerseits mit den historischen Grenzen Mährens, andererseits berief sie sich ebenso wie Deutschösterreich auf das Selbstbestimmungsrecht der dort lebenden Bevölkerung.¹¹ Die Stadt konnte erst im Dezember 1918 durch tschechoslowakische Truppen eingenommen werden.¹²

Dem Herrschaftswechsel beider Städte am Ende des Ersten Weltkriegs waren unterschiedliche politische Entwicklungen vorausgegangen. Im etwa 13000 Einwohner zählenden Eupen, das mit dem Wiener Kongress zu Preußen beziehungsweise zur preußischen Rheinprovinz gekommen war und seit 1830 an Belgien grenzte, orientierte sich die städtische Öffentlichkeit überwiegend am Deutschen Reich.¹³ Die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Stadt war im ausgehenden 19. Jahrhundert von der Grenzlage im „Vierländereck“ zwischen Belgien, den Niederlanden, dem Deutschen Reich sowie dem gemeinsam verwalteten Gebiet von „Neutral-Moresnet“ geprägt. Diese Grenzlage war insbesondere für die Entwicklung der Textilindustrie von Bedeutung, die neben der Landwirtschaft den wichtigsten Wirtschaftszweig darstellte.¹⁴ Während die wirtschaftlichen Verbindungen zu Belgien auch im Zeitalter des Nationalismus von Bedeutung blieben, war die politische Entwicklung der Stadt aber vor allem mit Preußen beziehungsweise dem Deutschen Reich verbunden.¹⁵ Eupen, das dem Deutschen Heer von den ersten Kriegstagen an als Aufmarschgebiet gegen Belgien gedient hatte, war folglich nach 1920 mit der staatlichen Zugehörigkeit zum früheren Kriegsgegner konfrontiert.¹⁶

¹¹ Zur Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht in den Grenzgebieten der böhmischen Länder am Ende des Ersten Weltkriegs siehe *Haas*, Hanns: Im Widerstreit der Selbstbestimmungsansprüche. Vom Habsburgerstaat zur Tschechoslowakei – die Deutschen der böhmischen Länder 1918-1919. In: *Mommsen*, Hans / *Kováč*, Dušan / *Malíš*, Jiří (Hgg.): Der Erste Weltkrieg und die Beziehungen zwischen Tschechen, Slowaken und Deutschen. Essen 2001 (Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission 5; zugleich Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa 12) 141-220, hier 150-160.

¹² *Hummelberger*, Walter: Die niederösterreichisch-tschechoslowakische Grenzfrage 1918/19. In: *Ackerl*, Isabella / *Neck*, Rudolf (Hgg.): Saint-Germain 1919. Protokoll des Symposiums am 29. und 30. Mai 1979 in Wien. Wien 1989 (Wissenschaftliche Kommission zur Erforschung der Geschichte der Republik Österreich: Veröffentlichungen 11) 78-111, hier 97 f.

¹³ Zur Einbindung der Grenzregion in den deutschen Staat nach 1871 siehe *Koll*, Johannes: Preußischer Westen – belgischer Osten. Eupen, Malmedy und St. Vith zwischen Reichsgründung und Zweitem Weltkrieg. In: *Comparativ* 15 (2005) H. 2, 101-125.

¹⁴ *Ruland*, Herbert: Leben und Leiden einer Grenzbevölkerung. Die Menschen, Geschichte, Politik und Alltag in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens. In: *Ders./van den Boogard*, Jac / *Clemens*, Luise u. a. (Hgg.): Grenz-Controle. Grens-Kontrolle. Aachen, Eupen, Maastricht. Oral Histories. Remscheid 2008, 39-49. – *Hermanns*, Leo: Gewerbe und Handel in Eupen. Die Eupener Feintuchherstellung. In: *Geschichtliches Eupen* 25 (1991) 69-84.

¹⁵ Zur Nationalisierung der städtischen Öffentlichkeit im „langen“ 19. Jahrhundert siehe *Scharte*, Sebastian: Preußisch – deutsch – belgisch. Nationale Erfahrung und Identität. Leben an der deutsch-belgischen Grenze im 19. Jahrhundert. Münster 2010 (Beiträge zur Volkskultur in Nordwestdeutschland 115).

¹⁶ Zum Kriegsbeginn im deutsch-belgischen Grenzgebiet siehe *Liemann*, Bernhard: Soziale

Die etwa 21 000 Einwohner zählende Grenzstadt Znojmo/Znaim stellte ein überregionales Handelszentrum an der Landesgrenze zwischen Mähren und Niederösterreich dar. Auch wenn es sich nicht um eine staatliche Außengrenze, sondern um eine Binnengrenze handelte, prägte die Grenzlage in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. In wirtschaftlicher Hinsicht gewannen Industriezweige wie die Lebensmittel- und die Keramikindustrie neben der Landwirtschaft und dem Weinbau an Bedeutung, wobei die verarbeiteten Waren per Eisenbahn im habsburgischen Binnenmarkt abgesetzt werden konnten.¹⁷ In der Politik spielte gegen Ende des Jahrhunderts die Lage an der deutsch-tschechischen „Sprachgrenze“ für die städtische Öffentlichkeit eine wachsende Rolle.¹⁸ Die durch das Kurienwahlrecht begünstigte deutschsprachige Elite orientierte sich vor allem an Entwicklungen in Wien und Niederösterreich.¹⁹ Nachdem ihr Führungsanspruch von tschechischen Akteuren zunehmend in Frage gestellt wurde,²⁰ bestimmten zu Beginn des 20. Jahrhunderts Konflikte über die Nationalität der Bevölkerung das öffentliche Leben der Stadt. Die nationale Zugehörigkeit erwies sich jedoch als wandelbar und abhängig von den Machtverhältnissen. Während in der letzten habsburgischen Volkszählung von 1910 mehr als drei Viertel der Bewohner Deutsch als Umgangssprache angegeben hatten, erbrachte die Volkszählung 1921 eine Bevölkerungsverteilung von 55 Prozent Tschechen zu 38 Prozent Deutschen.²¹

Bei beiden Städten handelte es sich um regionale Zentren, die für das agrarisch geprägte Umland eine politische, wirtschaftliche und kulturelle Mittlerfunktion einnahmen. In beiden Städten hatte sich vor 1914 ein stadtbürgerliches Selbstbewusstsein entwickelt, das sich in der Kommunalpolitik zeigte, die unter der Führung der bürgerlichen Eliten stand. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs waren beide Städte

Inklusion durch Krieg? Zivilgesellschaftliche Juli- und Augusterlebnisse 1914 an der deutsch-belgischen Grenze. In: *Franz, Norbert/Lehners, Jean-Paul* (Hgg.): *Nationenbildung und Demokratie. Europäische Entwicklungen gesellschaftlicher Partizipation*. Frankfurt am Main 2013 (Luxemburg-Studien 2) 299-317.

¹⁷ *Vrbka, Anton*: Gedenkbuch der Stadt Znaim 1226-1926. Kulturhistorische Bilder aus dieser Zeit. Nikolsburg 1927, 541-546.

¹⁸ Zur Konstruktion von „Sprachgrenzen“ in der Habsburgermonarchie siehe *Judson, Pieter M.*: *Guardians of the Nation. Activists on the Language Frontiers of Imperial Austria*. Cambridge/Mass. 2006.

¹⁹ Ein Beispiel dafür stellte der Einfluss der christlich-sozialen Bewegung dar, die sich von Wien und Niederösterreich ausgehend auf Südmähren ausbreitete. Siehe *Markel, Martin*: *Svoboda a demokracie v regionu rakouského impéria. Politika jihomoravských Němců v letech 1848-1919* [Freiheit und Demokratie in einer Region des österreichischen Imperiums. Die Politik der südmährischen Deutschen in den Jahren 1848-1919]. Brno 2010 (*Země a kultura* 18) 128-143.

²⁰ Zu den Auseinandersetzungen in der medialen Öffentlichkeit siehe *Pavličková, Tereza*: *Die Entwicklung des Nationalitätenkonflikts in der Znaimer deutschen Presse 1850-1938*. Olomouc 2013 (Beiträge zur deutschmährischen Literatur 26).

²¹ *Bartoš, Josef/Schulz, Jindřich/Trapl, Miloš*: *Historický místopis Moravy a Slezska v letech 1848-1960* [Historische Topografie Mährens und Schlesiens in den Jahren 1848-1960]. Bd. 9. Ostrava 1984, 40. – *Wiskemann, Elizabeth*: *Czechs and Germans. A Study of the Struggle in the Historic Provinces of Bohemia and Moravia*. London, New York, Toronto 1938, 113.

mit der Zugehörigkeit zu einem anderen Staat konfrontiert. Während die politischen Konflikte in Znojmo/Znaim am Ende des Weltkriegs eskalierten, blieb die Lage in Eupen weitgehend ruhig. Der Beginn der tschechoslowakischen Herrschaft in Znojmo/Znaim fiel mit der Konstituierung des neuen Staats zusammen, wohingegen Belgien über eine Tradition demokratischer Staatlichkeit verfügte. Wie jedoch sollte die neue Herrschaft etabliert werden? Wie wirkte sich der Machtwechsel in den ersten Jahren nach dem Kriegsende auf die städtische Selbstverwaltung aus? Und welchen Einfluss nahmen regionale und zentralstaatliche Verwaltungsebenen auf lokale Entscheidungsprozesse? Diese Fragen werden im Folgenden zunächst für die Periode des Herrschaftswechsels unmittelbar nach Kriegsende behandelt und anschließend für die Phase der Stabilisierung der neuen staatlichen Herrschaft zu Beginn der 1920er Jahre erörtert.

Die Analyse beruht in erster Linie auf Berichten aus lokalen Zeitungen und Akten städtischer und regionaler Behörden. Beide Städte verfügten über ein dichtes Pressewesen, das Annäherungen an die Gemeindepolitik erlaubt. In diesem Zusammenhang muss allerdings beachtet werden, dass die Zeitungen nicht vom politischen System abzugrenzen waren. Die Journalisten sind daher eher „als schreibende Politiker zu sehen, nicht als professionelle Medienspezialisten“. ²² Darüber hinausgehende Quellen wie Erinnerungen der lokalpolitischen Akteure liegen nur in kleiner Zahl vor. ²³

*Der Staat in der Stadt? Der Herrschaftswandel in Znojmo/Znaim
und Eupen nach dem Ersten Weltkrieg*

Der Herrschaftswandel am Ende des Weltkriegs erfolgte in beiden Städten zwar ohne direkte militärische Auseinandersetzungen. Während sich die deutschen Truppen jedoch nach dem Waffenstillstand von Compiègne vertragsgemäß aus Eupen zurückzogen und alliierte Soldaten die Stadt im November 1918 besetzten, gab es um die Zugehörigkeit von Znojmo/Znaim Konflikte zwischen Deutschösterreich und der Tschechoslowakei. Oskar Teufel, der die Stadt seit 1911 als Mandatar der Deutschradikalen Partei im Reichsrat vertrat, hatte sich bereits während des Krieges im Sinne deutschnationaler Autonomiebestrebungen engagiert und sah sich durch

²² Wendland, Anna Veronika/Hofmann, Andreas R.: Stadt und Öffentlichkeit. Auf der Suche nach einem neuen Konzept in der Geschichte Ostmitteleuropas. Eine Einführung. In: Dies. (Hgg.): Stadt und Öffentlichkeit in Ostmitteleuropa 1900-1939. Stuttgart 2002 (Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa 14) 9-23, hier 12 f.

²³ Zu den Erinnerungen zählen zum einen die Aufzeichnungen von František Coufal und Hieronymus Oldofredi, die auf Seiten der Tschechoslowakei beziehungsweise Deutschösterreichs an den Auseinandersetzungen um Südmähren beteiligt waren. Siehe Coufal, František: Osvobození jižní Moravy. Vzpomínky a dokumenty o převratu na jižní Moravě roku 1918 [Die Befreiung Südmährens. Erinnerungen und Dokumente über den Umsturz in Südmähren 1918]. Praha 1937. – Oldofredi, Hieronymus: Zwischen Krieg und Frieden. Erinnerungen. Zürich, Wien 1925. – Zum anderen liegen die Memoiren von Herman Baltia vor, der zwischen 1920 und 1925 die Sonderverwaltung über die ehemaligen Kreise Eupen und Malmedy führte. Siehe Herrebout, Els (Hg.): Generalleutnant Herman Baltia. Memoiren 1920-1925. Brüssel 2011 (Quellen und Forschungen zur Geschichte der deutschsprachigen Belgier 5).

das Völkermanifest von Kaiser Karl I. bestärkt.²⁴ Für die tschechoslowakische Führung war die Stadt indessen nicht nur aufgrund der historischen Zugehörigkeit zur böhmischen Krone, sondern auch als Eisenbahnknotenpunkt von Bedeutung.²⁵ Somit war die städtische Gesellschaft bei Kriegsende mit entgegengesetzten Herrschaftsansprüchen konfrontiert. Diese wirkten sich direkt auf die städtische Politik aus, bei der ein Teil der lokalen Akteure als Vertreter Deutschösterreichs, der andere als Repräsentant der Tschechoslowakei auftrat. Am 30. Oktober 1918 gründete der Rechtsanwalt und frühere Reichsratsabgeordnete Vilém Veleba einen lokalen Zweig des tschechoslowakischen Nationalausschusses (Národní výbor), dessen Mitglieder sich zu „Beamten und Funktionären des tschechoslowakischen Staats“ erklärten.²⁶ Währenddessen schloss sich der noch vor dem Krieg gewählte, ausschließlich aus deutschen Mandataren bestehende Gemeindevorstand der Republik Deutschösterreich an. Im November 1918 ließ sich der Bürgermeister auf den neuen Staat und den „Kreis Deutschsüdmähren“ unter der Führung von Oskar Teufel verweigern.²⁷ Aufgrund der militärischen Übermacht der tschechoslowakischen Truppen hatte die Zugehörigkeit zur Republik Deutschösterreich jedoch nur bis zum 16. Dezember 1918 Bestand. Nach dem kampflosen Einmarsch tschechoslowakischer Soldaten nahmen die Mitglieder des Nationalausschusses führende Positionen in der Zivilverwaltung der Stadt ein. Sie hissten zunächst die tschechoslowakische Fahne am Rathaus und forderten dann die Mitglieder des Gemeindevorstands zum Rücktritt auf. Vilém Veleba übernahm provisorisch das Amt des Regierungsbeauftragten und damit die zivile Verwaltung der Stadt.²⁸ Die Mitglieder des abgesetzten Gemeindevorstands verstanden sich aber weiterhin als legitime Vertreter der Bevölkerung. Sie stützten sich dabei auf die deutschösterreichische Regierung, die den „Kreis Deutschsüdmähren“ unverändert als Teil ihres Staatsgebiets betrachtete. Allerdings musste die deutschsüdmährische Kreishauptmannschaft ihren Sitz in die wenige Kilometer hinter der Grenze gelegene Stadt Retz verlagern.²⁹

Die tschechoslowakische Inbesitznahme der Stadt führte zunächst nicht zu offenen Konflikten. Nach Militärangaben war das Verhalten der deutschen Bevölkerung gegenüber den Soldaten allerdings „vielfach feindlich“, was sich etwa in „Beleidigungen auf offener Straße“ äußerte.³⁰ Wie die deutschen Zeitungen berichteten, übten

²⁴ Höbelt, Lothar: Deutschösterreich und die Sudetendeutschen 1918-1919. In: *Lemberg, Hans/Heumos, Peter* (Hgg.): *Das Jahr 1919 in der Tschechoslowakei und in Ostmitteleuropa*. München 1993 (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum 17) 159-166, hier 159 f.

²⁵ Haslinger: *Nation und Territorium* 265 f. (vgl. Anm. 8).

²⁶ Coufal: *Osvobození jižní Moravy* 97 (vgl. Anm. 23).

²⁷ Deutschsüdmähr. Vertretertag in Znaim. In: *Znaimer Wochenblatt* vom 06.11.1918.

²⁸ Z československého státu na Znojemsku [Aus dem tschechoslowakischen Staat ins Znaimer Land]. In: *Ochrana* vom 27.12.1918.

²⁹ Oldofredi: *Zwischen Krieg und Frieden* 122-145 (vgl. Anm. 23). – Zu den Auseinandersetzungen zwischen der Tschechoslowakei und Deutschösterreich am Ende des Krieges siehe *Konrád, Ota*: *Nevyvážené vztahy. Československo a Rakousko 1918-1933* [Unausgewogene Beziehungen. Die Tschechoslowakei und Österreich 1918-1933]. Praha 2012, 74-105.

³⁰ Moravský zemský archiv Brno [Mährisches Landesarchiv Brünn], Fond B40 Zemský úřad v Brně, Presidiální registratura [Fonds B40 Landesbehörde Brünn, Präsidialregistratur, im



Karte 1: Die Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit. Znojmo/Znaim nahe der Grenze zu Österreich. Kartografie: Judith Schnelzer, Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien.

aber auch die tschechischen und slowakischen Soldaten Druck auf die Bevölkerung aus, indem sie beispielsweise Geschäftsleute dazu aufforderten, umgehend alle deutschen Aufschriften zu entfernen.³¹ Zu einem Todesfall kam es wenige Tage nach der Einnahme der Stadt. Im Zuge der Auseinandersetzungen um die Auflösung einer Versammlung von Angehörigen der früheren deutschösterreichischen Stadtschutzwache durch tschechoslowakisches Militär kam ein ehemaliger Schutzmann ums Leben.³² Die Mitglieder des abgesetzten Gemeindeausschusses verwandelten die Trauerfeier in eine Protestkundgebung, indem sie an der Spitze des Trauerzugs marschierten. Wie der Vorsitzende der deutschen Sozialdemokraten erklärte, gedachte man des Toten „im Namen des Bürgermeisters dieser Stadt, namens der gewaltsam aufgelösten Gemeindevertretung und des gesamten deutschen Volkes“.³³

Folgenden: MZA/B40 PR], 1/119. Československé zemské velitelství Brno [Tschechoslowakische Landeskommandantur Brünn] an Moravské místodržitelství Brno [Mährische Statthalterei Brünn], 02.01.1919.

³¹ Was gedeuten die tschechischen Behörden dagegen zu tun? In: Znaimer Tagblatt vom 31.12.1918.

³² V českém Znojmě [Im tschechischen Znaim]. In: Ochrana vom 27.12.1918. – Eine folgenschwere Versammlungssprengung. In: Znaimer Wochenblatt vom 21.12.1918. – Gesprengte Versammlung. In: Znaimer Tagblatt vom 21.12.1918. – Ein Todesopfer der gestrigen Vorfälle. In: Znaimer Tagblatt vom 22.12.1918.

³³ Iwan Schmidt. In: Znaimer Wochenblatt vom 24.12.1918.

Die ersten Tage nach dem Einmarsch der tschechoslowakischen Soldaten verliefen somit in einer angespannten Atmosphäre und einem Klima des Misstrauens. Dieses bestimmte auch die Verhandlungen über die neue Verwaltungskommission, die für eine Übergangszeit als Gremium der städtischen Selbstverwaltung fungieren sollte. Sie kam bereits wenige Tage nach der Einnahme der Stadt zu einer ersten Sitzung zusammen, wobei ihre 24 Mitglieder von Abgeordneten des Nationalausschusses und des abgesetzten Gemeindeausschusses bestimmt worden waren. Die Kommission, an deren Spitze ein Regierungsbeauftragter stand, umfasste zwölf tschechische, zehn deutsche und zwei jüdische Mandatare. Die Mährische Landesverwaltung ernannte allerdings statt Vilém Veleba den Beamten Karel Michalica, der bereits vor dem Krieg in der Bezirkshauptmannschaft tätig gewesen war, zum Regierungsbeauftragten. Damit fiel die Führung der Stadt nicht an einen Politiker, sondern an einen Beamten der Landesverwaltung.³⁴ Die erste Sitzung der Verwaltungskommission fand indessen noch unter der Leitung von Vilém Veleba statt, der erklärte, dass „wir in einem demokratischen Staat leben, der weder die Vorherrschaft eines Volkes über ein anderes noch religiöse Ungleichheit oder die Herrschsucht einer Gesellschaftsschicht über eine andere kennt“. Auch die Vertreter der deutschen Parteien mussten sich den neuen Verhältnissen anpassen.³⁵ Anders als der triumphale Gestus dieser Rede signalisierte, bestand das Ziel der Verwaltungskommission darin, nicht allein tschechische, sondern auch deutsche und jüdische Akteure an der Umgestaltung der städtischen Selbstverwaltung zu beteiligen. Diese Entwicklung entsprach der in anderen Städten der Republik wie in České Budějovice/Böhmisch Budweis, wo ebenfalls zunächst eine aus tschechischen und deutschen Mitgliedern bestehende Kommission die Funktion des Gemeindeausschusses übernahm.³⁶

Mit der Schaffung der Verwaltungskommission gelang es den tschechoslowakischen Behörden, innerhalb von wenigen Tagen eine Übergangsverwaltung einzusetzen, an der sowohl tschechische als auch deutsche und jüdische Repräsentanten beteiligt waren. Gerade das sollte sich indessen als problematisch erweisen. Da sich die beiden jüdischen Mandatare oft ihren deutschen Kollegen anschlossen, standen sich in der Kommission bei Abstimmungen zwei gleich starke Fraktionen gegenüber.³⁷ Bereits nach den ersten Sitzungen drohten die deutschen Mitglieder mit ihrem Rücktritt, da, wie sie argumentierten, aufgrund der Pattsituation „die Entscheidung einzig und allein in den Händen des Regierungskommissärs“ lag.³⁸ Ungeachtet dessen nutzten sie die öffentlichen Sitzungen dazu, ihren Protest gegen die neue Staatsgewalt zu artikulieren. Neben der personellen Umgestaltung der Stadt-

³⁴ *Coufal*: Osvobození jižní Moravy 247 (vgl. Anm. 23).

³⁵ Dr. Veleba v první schůzi správní komise ve Znojmě [Dr. Veleba in der ersten Sitzung der Verwaltungskommission in Znaim]. In: *Ochrana* vom 02.01.1919.

³⁶ In České Budějovice/Böhmisch Budweis bestand die Kommission aus acht tschechischen und vier deutschen Vertretern. Siehe *King*: Budweisers into Czechs and Germans 158 (vgl. Anm. 4).

³⁷ Vertiefend zur Verwaltungskommission siehe *Markel*: Svoboda a demokracie 251-262 (vgl. Anm. 19).

³⁸ Die deutschen Mitglieder der Verwaltungskommission. In: *Znaimer Wochenblatt* vom 05.02.1919.

verwaltung führte vor allem die Schulfrage zu Konflikten.³⁹ Im Sommer 1919 beschloss die Kommission die Auflösung einer Reihe von deutschen Schulen und die Gründung eines tschechischen Gymnasiums, das in das zentrale Gebäude des ehemaligen k. k. Gymnasiums einziehen sollte.⁴⁰ In diesem Zusammenhang warfen die deutschen Kommissionsmitglieder dem Regierungsbeauftragten wiederholt Parteilichkeit vor und stellten einen Antrag auf Neuwahlen.⁴¹ Die Behörden verhinderten diese aber vorerst, da sie nicht dazu bereit waren, die Wahlen wie in anderen Gemeinden des Landes während der noch laufenden Verhandlungen in Saint-Germain stattfinden zu lassen.⁴² Unter den deutschen Akteuren exponierte sich insbesondere der junge Rechtsanwalt Franz Fritz als Gegner des tschechoslowakischen Staates. Er agierte unter anderem als Kontakt zur deutschösterreichischen „Gegenverwaltung“ in Retz. Im Juni 1919 schlossen sich Repräsentanten aller deutschen Parteien unter seiner Führung zu einem „Deutschen Volksrat“ zusammen, um ihre Forderungen geeint zu artikulieren.⁴³

In der Kommission traten die tschechischen und die deutschen Parteien meist geschlossen auf, wobei die Oppositionshaltung der deutschen zur Einstimmigkeit der tschechischen Parteien beitrug. Auf deutscher Seite agierten vor allem die Vertreter der Deutschen Nationalpartei, der Nationalsozialisten (DNSAP) und der Sozialdemokraten als Gegner der Eingliederung in die Tschechoslowakei. Unter den tschechischen Parteien bezogen zunächst Mitglieder der Nationaldemokraten (Československá národní demokracie) und der Tschechoslowakischen Sozialisten die führende Rolle, was bald auf den Widerstand der tschechischen Sozialdemokraten traf. Ende 1919 nahm der Konkurrenzkampf unter den tschechischen Parteien weiter zu. Nachdem der junge Sozialdemokrat Josef Mareš einem Antrag der deutschen Kommissionsmitglieder zugestimmt hatte, den städtischen Beamten eine Fristverlängerung für das Erlernen der tschechischen Sprache zu gewähren, warfen ihm die Sozialisten und Nationaldemokraten „Verrat“ vor und versuchten, ihn bei Versammlungen und in ihren Zeitungen „an den Pranger der Öffentlichkeit“ zu stellen.⁴⁴ Anfang 1920 schlossen sie sich mit anderen Parteien gegen die tschechischen

³⁹ Zur Umgestaltung des Bildungswesens nach 1918 siehe *Zabra*, Tara: Kidnapped Souls. National Indifference and the Battle for Children in the Bohemian Lands 1900-1948. Ithaca/NY 2008, 111-118.

⁴⁰ Sezení správní komise města Znojma [Sitzung der Verwaltungskommission der Stadt Znaim]. In: Ochrana vom 03.07.1919. – Schůze správní komise města Znojma [Sitzung der Verwaltungskommission der Stadt Znaim]. In: Moravský jih vom 05.07.1919.

⁴¹ Sitzung der Verwaltungskommission der Stadt Znaim. In: Znaimer Wochenblatt vom 09.08.1919.

⁴² Zu den Gemeindewahlen im Sommer 1919 siehe *Weiser*, Thomas: Die Gemeindewahlen in der Tschechoslowakei 1919. In: *Lemberg/Heumos*: Das Jahr 1919 in der Tschechoslowakei 215-223 (vgl. Anm. 24).

⁴³ MZA/B40 PR, 6/10696. Pohraniční policejní expositura Znojmo [Grenzpolizei-Expositur Znaim] an Moravské místodržitelství Brno [Mährische Statthalterei Brünn], 25.6.1919. – Konference důvěrníků němec. stran [Konferenz der Vertrauensleute der deutschen Parteien]. In: Moravský jih vom 08.08.1919.

⁴⁴ Zrada sociálních demokratů na českém Znojmě [Verrat der Sozialdemokraten am tschechischen Znaim]. In: Znojensko vom 31.12.1919. – Na pranýř veřejnosti [An den Pranger der Öffentlichkeit]. In: Moravský jih vom 01.01.1920.

Sozialdemokraten zu einem „nationalen Block“ zusammen.⁴⁵ Durch den wachsenden Konkurrenzkampf zwischen den Parteien erwies sich die Verwaltungskommission als Laboratorium der Lokalpolitik. Im Oktober 1919 erhöhten die tschechoslowakischen Behörden die Zahl ihrer Mitglieder von 24 auf 36, womit weitere Mandatäre in die Kommission einzogen, die sich überwiegend auch in den folgenden Jahren in der lokalen Politik engagierten.⁴⁶

In Eupen, das dem Deutschen Heer ab Sommer 1914 als Aufmarschgebiet gegen Belgien gedient hatte, zogen im November 1918 Entente-Soldaten ein. Schon wenige Tage nach der Unterzeichnung des Waffenstillstands wehte bei einem Besuch von Marschall Pétain auf dem Rathaus der zweitwestlichsten Gemeinde des Deutschen Reichs die Trikolore.⁴⁷ In den folgenden Wochen konzentrierten sich alle politischen Aktivitäten auf die Wahl zur Deutschen Nationalversammlung. Wie in anderen Städten der preußischen Rheinprovinz riefen die Anhänger des Zentrums, der wichtigsten Partei Eupens, im Wahlkampf zur Gründung der „rheinischen Republik“ auf.⁴⁸ Bei den Wahlen zur Nationalversammlung und zur preußischen Landesversammlung im Januar 1919 entfielen fast 80 Prozent der Stimmen auf das Zentrum. Die Partei erreichte mit diesem Ergebnis eine ähnliche Zustimmungsrate wie bei den Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus in den Jahrzehnten zuvor.⁴⁹ Die „Eupener Nachrichten“ deuteten die Mehrheit für das Zentrum in der Rheinprovinz als Zeichen dafür, dass „die rheinisch-westfälische Republik, natürlich als Teil des deutschen Vaterlandes, für uns die Hoffnung der nächsten Zukunft“ bildete.⁵⁰ Diese Entwicklungen standen im Einklang mit dem Trend in anderen Städten der Rheinprovinz wie Aachen oder Trier, wo die Wahlen zur Nationalversammlung und zur preußischen Landesversammlung mit Autonomieforderungen gegenüber Preußen einhergingen.⁵¹

Im Frühjahr 1919 erfuhren die Bürger der Stadt, dass der Vertrag von Versailles vorsah, die beiden preußischen Kreise Eupen und Malmedy an Belgien anzuschließen. In der Folge unterstellte die belgische Regierung die beiden Kreise im September 1919 der Sonderverwaltung eines Hochkommissariats, das unter der Führung des Weltkriegsgenerals Herman Baltia stand.⁵² Damit schloss die Sonderverwal-

⁴⁵ Prohlášení [Erklärung]. In: Moravský jih vom 20.01.1920. – Národní blok ve Znojmě [Nationaler Block in Znaim]. In: Moravský jih vom 23.01.1920.

⁴⁶ Ze znojenské radnice [Aus dem Znaimer Rathaus]. In: Ochrana vom 16.10.1919. – *Markel: Svoboda a demokracie* 257-259 (vgl. Anm. 19).

⁴⁷ Lokales. In: Eupener Nachrichten vom 12.12.1918. – Aus Eupen und Umgebung. In: Korrespondenzblatt des Kreises Eupen vom 12.12.1918.

⁴⁸ Aus Eupen und Umgebung. In: Korrespondenzblatt des Kreises Eupen vom 31.12.1918. – Lokales. In: Eupener Nachrichten vom 31.12.1918.

⁴⁹ Jonas, Benedikt: Die Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus in der Stadt Eupen zur Zeit des Deutschen Kaiserreichs (1871-1918). In: *Geschichtliches Eupen* 35 (2001) 119-137.

⁵⁰ Zur Preußenwahl. In: Eupener Nachrichten vom 28.01.1919.

⁵¹ Siehe *Schlemmer*, Martin: „Los von Berlin“. Die Rheinstaatbestrebungen nach dem Ersten Weltkrieg. Wien, Köln, Weimar 2007 (Rheinisches Archiv 152) 103-112.

⁵² *Pabst*: Eupen-Malmedy in der belgischen Regierungs- und Parteienpolitik 264-269 (vgl. Anm. 9). – *Doepgen*, Heinz: Die Abtretung von Eupen-Malmedy an Belgien im Jahre 1920. Bonn 1966 (Rheinisches Archiv 60) 98-104.



Karte 2: Belgien nach dem Ersten Weltkrieg mit Eupen nahe der Grenze zu Deutschland. Kartografie: Judith Schnelzer, Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien.

tung zwei preußische Kreise zu einer territorialen Einheit zusammen, die bis dahin weder politisch noch wirtschaftlich oder kulturell miteinander verbunden gewesen waren. Der Hochkommissar wählte Ende 1919 das Landratsamt in Malmédy zum Amtssitz und bevorzugte damit die deutlich kleinere Stadt gegenüber Eupen.⁵³ Für das Hochkommissariat stellte die überwiegend wallonischsprachige „preußische Wallonie“ im Kreis Malmédy das Zentrum seiner Herrschaft dar.⁵⁴ Damit war die Etablierung der neuen Staatsmacht jedoch noch nicht abgeschlossen. Aufgrund der Bestimmungen des Vertrags von Versailles sollten die Bewohner die Möglichkeit erhalten, den Wunsch nach Verbleib beim Deutschen Reich im Rahmen einer Volksbefragung zu bekunden. Für die Durchführung wie auch für die Überwachung der im Januar 1920 beginnenden Befragung war allein das Hochkommissariat zuständig.⁵⁵

⁵³ *Pabst*: Eupen-Malmédy in der belgischen Regierungs- und Parteienpolitik 269-275 (vgl. Anm. 9).

⁵⁴ Zur „preußischen Wallonie“ im Deutschen Reich siehe *Pabst*, Klaus: Die preußischen Wallonen. Eine staatsreue Minderheit im Westen. In: *Hahn*, Hans Henning/*Kunze*, Peter (Hgg.): Nationale Minderheiten und staatliche Minderheitenpolitik in Deutschland im 19. Jahrhundert. Berlin 1999, 71-79.

⁵⁵ *Tiedau*, Ulrich: Die Rechtslage der deutschsprachigen Bevölkerung in Belgien nach dem Zweiten Weltkrieg. In: *Küttel*, Manfred/*Möller*, Horst/*Pešek*, Jiří/*Tůma*, Oldřich (Hgg.):

Ungeachtet der veränderten staatlichen Zugehörigkeit und der Unterstellung des Gebiets unter eine Sonderverwaltung blieb die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eupen unter der Führung von Bürgermeister Metternich zunächst im Amt. Der künftig für die Verwaltung des Kreises Eupen verantwortliche Regierungsbeauftragte Léon Xhaflaire forderte aber bereits in einem ersten Bericht an den Hochkommissar die „Säuberung“ (nettoyage) der städtischen Selbstverwaltung. Insbesondere der Bürgermeister, der „nicht schlecht, aber ein echter Deutscher“ sei, müsse abgelöst werden.⁵⁶ Der königliche Hochkommissar Baltia besuchte Eupen im Januar 1920. Im Rathaussaal versprach er den lokalen Honoratioren, die bestehenden Rechte der Bevölkerung zu achten und die Befragung unparteiisch durchzuführen.⁵⁷ Baltia begrüßte die Gäste als Belgier, „die ihr früheres Vaterland wiedergefunden haben, und von ihm mit offenen Armen empfangen werden“.⁵⁸ Damit stützte er sich auf die „Desannexionsthese“, der zufolge das Grenzgebiet nach einem Jahrhundert preußischer Fremdherrschaft wieder mit den Gebieten vereinigt war, die inzwischen den belgischen Staat bildeten.⁵⁹ Wie das Hochkommissariat vermerkte, sei Baltia ein professioneller, wenn auch wenig wohlwollender Empfang durch die Eupener Honoratioren bereitet worden. Nennenswerten Widerstand setzten diese der neuen Herrschaft dennoch nicht entgegen.⁶⁰

Die Spannungen zwischen der Sonderverwaltung in Malmédy und der lokalen Selbstverwaltung in Eupen verschärften sich insbesondere im Zusammenhang mit der im Vertrag von Versailles festgeschriebenen Befragung der Bevölkerung. Kreiskommissar Léon Xhaflaire, der in Eupen für die Befragung zuständig war, wollte die Beteiligung möglichst niedrig halten.⁶¹ Im April 1920 kam es zur offenen Konfrontation zwischen einem Teil der Bevölkerung und den Vertretern des belgischen Staates. Der Konflikt begann mit Protesten von Eupener Arbeitern, die im Deutschen Reich beschäftigt waren, wo deutlich niedrigere Löhne bezahlt wurden als auf

Deutschsprachige Minderheiten 1945. Ein europäischer Vergleich. München 2007, 435-522, hier 444.

⁵⁶ Archiv des Föderalen Öffentlichen Dienstes Auswärtige Angelegenheiten Brüssel, Diplomatisches Archiv [im Folgenden: AFÖDAA/DA], 10.792/1. Contrôleur administratif du cercle d'Eupen [Verwaltungskontrolleur des Kreises Eupen] an Haut Commissaire Royal des Cercles d'Eupen et de Malmédy [Königlicher Hochkommissar für die Kreise Eupen und Malmédy], 16.07.1919.

⁵⁷ *Herreboot*: Generalleutnant Herman Baltia 28-31 (vgl. Anm. 23).

⁵⁸ Aus Eupen und Umgebung. In: Korrespondenzblatt des Kreises Eupen vom 26.01.1920. – Lokales. In: Eupener Nachrichten vom 27.01.1920.

⁵⁹ *Cremer*, Freddy: „Verschlussache“ Geschichte. Über den Umgang mit der eigenen Vergangenheit. In: *Ders./Fickers*, Andreas/*Lejeune*, Carlo (Hgg.): Spuren in die Zukunft. Anmerkungen zu einem bewegten Jahrhundert. Büllingen 2001, 9-25, hier 17-19.

⁶⁰ Staatsarchiv Eupen, Archiv des Gouvernements Eupen-Malmédy [im Folgenden: StA Eupen/AGEM], 191. Haut Commissariat Royal d'Eupen et de Malmédy: Premier rapport semestriel [Königliches Hochkommissariat Eupen und Malmédy: Erster Halbjahresbericht] (1919-1920) 14.

⁶¹ *Pabst*: Eupen-Malmédy in der belgischen Regierungs- und Parteienpolitik 276-288 (vgl. Anm. 9) – *Doepgen*: Die Abtretung von Eupen-Malmédy an Belgien 119-132 (vgl. Anm. 52).

der belgischen Seite der Grenze.⁶² Da die belgischen Autoritäten vor Ort nicht auf ihre Forderungen reagierten, riefen die Arbeiter einen dreitägigen Streik aus. Neben wirtschaftlichen stellten sie auch politische Forderungen und verlangten die Abhaltung eines geheimen Referendums unter der Aufsicht neutraler Mächte.⁶³ Die Proteste ließen sich erst beilegen, nachdem Bürgermeister Metternich öffentlich zum Ende des Streiks aufgerufen hatte.⁶⁴ Der Streik war nicht nur Ausdruck der wirtschaftlichen Not und politischen Spannungen der Nachkriegszeit, sondern auch der Konflikte zwischen der alten und neuen Verwaltung, die in Eupen weiterhin parallel agierten. Gerade das Vorgehen der belgischen Verwaltung, die sich dem Dialog verweigerte und Streikführer verhaften ließ, trug erheblich zur Eskalation der Lage bei. Gegenüber der Regierung reduzierte das Hochkommissariat den Streik allerdings auf eine politische Demonstration, die „durch die Machenschaften prodeutscher Agenten provoziert“ worden sei.⁶⁵ Damit verbunden verlangte der Hochkommissar eine Aufstockung der Truppen. Dass Baltia, der während des Krieges General gewesen war, die Proteste ausschließlich aus militärischer Perspektive sah, zeigt sein problematisches Verhältnis zur zivilen Verwaltung.⁶⁶

Diese Proteste blieben in Eupen allerdings die einzigen öffentlichen Unmutsbekundungen gegen die neue Staatsmacht. Während der gesamten Dauer der Befragung gestattete das Hochkommissariat keine öffentliche Diskussion.⁶⁷ Schließlich trugen sich nur 271 Personen und damit weniger als ein Prozent der Berechtigten in die Abstimmungslisten ein, von denen 102 aus Eupen stammten. Die schwache Beteiligung war aber nicht nur auf die offene und latente Repression der neuen Verwaltung zurückzuführen, sondern auch auf die Entfremdung vieler Eupener vom Deutschen Reich und seiner nunmehr republikanischen Staatsform. Das katholische Belgien erschien vor diesem Hintergrund als legitime und zudem stabile Alternative. Darüber hinaus handelte es sich bei vielen Teilnehmern der Befragung um preußische Beamte, die anschließend einen Posten im Deutschen Reich antraten.⁶⁸

⁶² Lokales. In: Eupener Nachrichten vom 13.04.1920.

⁶³ AFÖDAA/DA, 10.786. Haut Commissaire Royal d'Eupen et de Malmédy [Königlicher Hochkommissar für Eupen und Malmédy] an Premier Ministre Bruxelles [Premierminister Brüssel], 14.04.1920.

⁶⁴ Aus Eupen und Umgebung. In: Korrespondenzblatt des Kreises Eupen vom 17.04.1920. – Unruhen in Eupen. In: Eupener Nachrichten vom 17.04.1920.

⁶⁵ StA Eupen/AGEM, 191. Haut Commissariat Royal d'Eupen et de Malmédy: Premier rapport semestriel [Königliches Hochkommissariat Eupen und Malmédy: Erster Halbjahresbericht] (1919-1920) 17 f.

⁶⁶ Archives de l'État à Liège, Province de Liège, Rattachement à la Belgique des Cantons de l'Est [Staatsarchiv Lüttich, Provinz Lüttich, Angliederung der Ostkantone an Belgien]. Haut Commissaire Royal d'Eupen et de Malmédy [Königlicher Hochkommissar für Eupen und Malmédy] an Ministère de la Défense Bruxelles [Verteidigungsministerium Brüssel], 21.04.1920.

⁶⁷ Zur Befragung als kommunikative „Ausnahmesituation“ siehe *Christmann*, Heidi: Presse und gesellschaftliche Kommunikation in Eupen-Malmédy zwischen den beiden Weltkriegen. München 1974, 108 f.

⁶⁸ *Pabst*: Eupen-Malmédy in der belgischen Regierungs- und Parteienpolitik 285 f. (vgl. Anm. 9). – *Doepgen*: Die Abtretung von Eupen-Malmédy an Belgien 186 (vgl. Anm. 52).

Ungeachtet des Herrschaftswechsels blieb die städtische Selbstverwaltung aber weiterhin im Amt. Im Februar 1920 erfuhren die Stadtverordneten, dass ihre Mandate bis Jahresende 1920 verlängert worden waren.⁶⁹ Auch Bürgermeister Metternich, der sich während des Krieges für die Annexion belgischen Territoriums ausgesprochen hatte, blieb zunächst auf seinem Posten.⁷⁰ Die Beziehungen zur Sonderverwaltung in Malmedy erwiesen sich jedoch vor allem aufgrund der Befragung als problematisch. Das zeigte sich beispielsweise, nachdem der Völkerbund entschieden hatte, das Ergebnis der Befragung anzuerkennen und die Souveränität Belgiens über das Gebiet der Kreise Eupen und Malmedy zu bestätigen. Kurz darauf forderte Kreiskommissar Léon Xhaflaire den Bürgermeister dazu auf, „die Rückkehr der Kreise Eupen und Malmedy an Belgien“ mit einem Festakt zu würdigen. Die Stadtverordneten lehnten es aber ab, eine Feier für die im offiziellen deutschen Diskurs als „Rückkehr“ oder „Desannexion“ bezeichnete Angliederung zu veranstalten. Das Verhältnis zwischen der alten und der neuen Verwaltung blieb auch nach dem Ende der Befragung angespannt.⁷¹

In Eupen wie in Znojmo/Znaim führte der politische Umbruch nach dem Ersten Weltkrieg zu Eingriffen in die kommunale Selbstverwaltung. Während die tschechoslowakischen Behörden in Znojmo/Znaim den amtierenden Gemeindeausschuss durch eine Interimskommission ersetzten, richteten die neuen Autoritäten in Eupen eine belgische Parallelverwaltung neben der bestehenden städtischen Selbstverwaltung ein. Sowohl in Eupen als auch in Znojmo/Znaim erhielt die Kommunalverwaltung eine übergeordnete Instanz an die Seite gestellt, die ihr Handeln kontrollierte. In Znojmo/Znaim versuchte der Regierungsbeauftragte allerdings, zwischen den verschiedenen Seiten zu moderieren, wohingegen der Kreiskommissar in Eupen den Vertretern mit zunehmender Härte begegnete. Das zeigte sich besonders deutlich während des Streiks im April 1920, bei dem es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Léon Xhaflaire und Bürgermeister Metternich kam.⁷²

*Zwischen Konflikt und Kooperation: Die Herrschaftsstabilisierung
in der städtischen Selbstverwaltung zu Beginn der 1920er Jahre*

Nach dem Ende der Befragung und der Entscheidung des Völkerbundes entschloss sich Kreiskommissar Léon Xhaflaire zu einem repressiveren Vorgehen gegenüber der Eupener Stadtverordnetenversammlung. Die von ihm angekündigte „Säuberung“ der städtischen Selbstverwaltung begann im Herbst 1920. Im November 1920 verlangte das Hochkommissariat von allen Stadtverordneten, Schöffen und Bürger-

⁶⁹ Lokales. In: Eupener Nachrichten vom 10.02.1920.

⁷⁰ Metternich hatte 1917 eine Denkschrift an das Auswärtige Amt verfasst, in der er sich für eine Revision der deutschen Westgrenze aussprach. Siehe *Doepgen*: Die Abtretung von Eupen-Malmedy an Belgien 31 (vgl. Anm. 52).

⁷¹ Staatsarchiv Eupen, Bestand Stadt Eupen Neuzeit (weiter StA Eupen/SEN), 950/64/30. Kreiskommissariat Eupen an Bürgermeister Eupen, 27.09.1920. – StA Eupen/SEN, 950/64/30. Bürgermeister Eupen an Kreiskommissariat Eupen, 13.10.1920.

⁷² *Doepgen*: Die Abtretung von Eupen-Malmedy an Belgien 158-167 (vgl. Anm. 52).

meistern einen Treueeid auf den belgischen Staat.⁷³ Bürgermeister Metternich weigerte sich, diesen Eid zu leisten, und trat von seinem Amt zurück. Die Stadtverordneten beschloßen, seinen Stellvertreter Franz Lüchem zum Bürgermeister zu bestimmen, der „das einstimmige Vertrauen der Bürgerschaft“ genoss.⁷⁴ In den folgenden Wochen traten neben dem Bürgermeister sechs weitere Stadtverordnete zurück, um nicht den Treueeid leisten zu müssen. An der Sitzung am 31. Januar 1921 nahmen neben dem amtsführenden Bürgermeister Lüchem nur noch neun von ehemals 24 Stadtverordneten teil.⁷⁵ Paradoxiertweise gewann das Hochkommissariat durch die Verweigerungshaltung der Stadtverordneten an Einfluss, war es doch an ihm, den Bürgermeister und die neuernannten Stadtverordneten zu bestätigen. Es konnte die Zustimmung aber auch verweigern, was dazu führte, dass Hochkommissar Baltia die von den Stadtverordneten geforderte Ernennung von Franz Lüchem zum Bürgermeister ablehnte. An seiner Stelle beabsichtigte er, einen Repräsentanten der Sonderverwaltung einzusetzen, der, wie der Hochkommissar mitteilen ließ, dem Wunsch der Bevölkerung entspreche, „einen Bürgermeister zu haben, der die belgischen Gesetze und die belgischen Verwaltungsverfahren kennt“.⁷⁶ Da die Stadtverordneten nicht bereit waren, einen anderen Kandidaten als Franz Lüchem zu nominieren, bestimmte Baltia im April 1921 den bisherigen Unterkommissar des Kreiskommissariats Eupen, Jules de Grand Ry, zum Bürgermeister. Seine Ernennung entsprach dem nach wie vor geltenden preußischen Recht, das es der übergeordneten Verwaltungsebene erlaubte, einen Kandidaten ihrer Wahl als Bürgermeister einzusetzen.⁷⁷

Nach seiner Ernennung wandte sich Jules de Grand Ry mit einem Zeitungsartikel an die Bürger, in dem er seine Beziehung zur Stadt betonte. Er erinnerte an seinen Urgroßvater André de Grand Ry, der ein Jahrhundert zuvor Bürgermeister von Eupen gewesen war. Nach mehr als acht Jahrzehnten stehe nun erneut ein Mitglied der Familie de Grand Ry an der Spitze der Stadt. De Grand Ry forderte die Eupener dazu auf, seine Arbeit zu unterstützen, wobei er ihnen im Gegenzug versprach, „mit allen Mitteln die Beziehungen zu Eurem neuen Vaterlande Belgien zu erleichtern“.⁷⁸ Sein Appell stieß bei den Stadtverordneten zunächst nicht auf Zustimmung. Sie boykottierten sogar die erste Sitzung unter seiner Leitung und hielten eine Protest-

⁷³ StA Eupen/SEN, 22/17/8. Dekret des Gouvernements Eupen-Malmedy, 16. 11. 1920.

⁷⁴ StA Eupen/SEN, 25/17/17. Auszug aus der Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des kollegialen Gemeindevorstandes und der Finanzkommission der Stadt Eupen, 18. 11. 1920.

⁷⁵ Aus der Stadtverordnetenversammlung vom 31. Januar. In: Eupener Nachrichten vom 01. 02. 1921.

⁷⁶ StA Eupen/SEN, 25/17/17. Gouvernement Eupen-Malmedy an Bürgermeister Eupen, 25. März 1921.

⁷⁷ StA Eupen/AGEM, 192. Haut Commissariat Royal d'Eupen et de Malmédy: Rapport sur l'Activité générale du Gouvernement d'Eupen et de Malmédy (Juillet 1920 à Juillet 1921) [Königliches Hochkommissariat Eupen und Malmedy: Bericht über die allgemeinen Tätigkeiten des Gouvernements Eupen und Malmedy (Juli 1920 bis Juli 1921)] 8.

⁷⁸ An die Einwohner der Stadt Eupen! In: Eupener Nachrichten vom 30. 04. 1921. – André/Andreas de Grand Ry (1780-1849) war von 1822 bis 1838 Bürgermeister der Stadt Eupen. Siehe *Rutsch*, Christian: Eupen und Umgegend. Eupen 1879, 55.

versammlung in einem Café ab.⁷⁹ Das Hochkommissariat beantwortete diesen Protest mit einem Dekret, das die Zahl der Stadtverordneten von 24 auf zwölf halbierte. Damit war der Konflikt zwischen der Eupener Stadtverordnetenversammlung und dem Hochkommissariat endgültig eskaliert.⁸⁰

Ungeachtet dieser politischen Umbrüche verschob sich die Wahl der Stadtverordnetenversammlung auf Mai 1922. Die Sonderverwaltung hatte die Wahl gezielt herausgezögert, um ihre Machtposition zu stärken und unliebsame Bürgermeister abzusetzen. Das katholische Lager der Stadt, das bis dahin in der Zentrumsparterie organisiert gewesen war, musste sich bei dieser Wahl neu orientieren, da die Zentrumsparterie mit der Angliederung an Belgien ihr Bestehen eingestellt hatte. Daraufhin traten die katholischen Interessenverbände an die Stelle der Zentrumsparterie und übernahmen die Wahlvorbereitungen. Die Vertreter der christlichen Gewerkschaften und der Arbeitgeber planten zunächst, mit einer gemeinsamen Liste zu kandidieren. Nach Differenzen kam es jedoch zur Spaltung in eine Arbeitnehmer- und eine Arbeitgeberliste.⁸¹ Bei der Wahl trat schließlich die „Christliche Wählervereinigung“ unter Gewerkschaftsführung gegen die „Mittelstandsvereinigung“ an. Die Sozialdemokraten, die bereits seit 1919 mit der belgischen Arbeiterpartei verbunden waren, kandidierten als dritte Wahlliste. Während die „Christliche Wählervereinigung“ sieben und die „Mittelstandsvereinigung“ fünf Mandate erhielt, konnten die Sozialdemokraten ein Mandat erzielen und zum ersten Mal in die Eupener Stadtverordnetenversammlung einziehen.⁸²

Die von Kreiskommissar Léon Xhaflaire 1919 angekündigte „Säuberung“ der städtischen Selbstverwaltung war damit zunächst abgeschlossen. Mit der Einsetzung von Jules de Grand Ry zum Bürgermeister im April 1921 und der Wahl der Stadtverordnetenversammlung im Mai 1922 war die kommunale Selbstverwaltung völlig umgestaltet. Das Hochkommissariat bezog aber auch weiterhin eine stark paternalistische Haltung gegenüber der lokalen Selbstverwaltung. Nachdem die Eupener Stadtverordnetenversammlung im Juli 1922 eine Entscheidung des Hochkommissariats thematisiert hatte, wies der Hochkommissar den Bürgermeister darauf hin, dass es Aufgabe der Stadtverordneten sei, allein „zu regeln, was von Interesse für die Gemeinde ist“. Wenn die Stadtverordnetenversammlung eine Entscheidung des Hochkommissariats diskutierte, könne es ihr nur darum gehen, „die Gemüter der Bevölkerung“ zu verwirren.⁸³

Die Wahlen bedeuteten insofern eine Zäsur, als sowohl die Stadtverordneten als auch Hochkommissar Baltia aus ihrem Verlauf und Ausgang die Forderung nach der

⁷⁹ StA Eupen/AGEM, 192. Haut Commissariat Royal d'Eupen et de Malmédy: Rapport sur l'Activité générale du Gouvernement d'Eupen et de Malmédy (Juillet 1920 à Juillet 1921) 9 (vgl. Anm. 77).

⁸⁰ StA Eupen/SEN, 22/17/8. Kreiskommissariat Eupen an Bürgermeister Eupen, 23.06.1921.

⁸¹ Siehe Aus Eupen und Umgebung. In: Eupener Zeitung vom 03.05.1922. – Lokales. In: Eupener Nachrichten vom 03.05.1922. – Die Vorgänge zu den Wahlen zum Stadtparlament. In: Die Arbeit vom 13.05.1922.

⁸² *Kesteloot*, Chantal/*Mares*, Ann/*Marissal*, Claudine: Gemeenteraadsverkiezingen 1890-1970. Databestand [Kommunalwahlen 1890-1970. Datenbank]. Brussel 1996, 102.

⁸³ StA Eupen/SEN, 22/17/8. Gouvernement Eupen-Malmédy an Bürgermeister Eupen, 28.07.1922.

Entwicklung einer zeitgemäßen Parteienlandschaft für Eupen ableiteten. So formulierten die Stadtverordneten den Wunsch, dass „die Bürger Eupens, die sich eins fühlen in ihren Anschauungen, sich einer politischen Körperschaft anschließen können“.⁸⁴ Hochkommissar Baltia argumentierte indessen, die belgischen Parteien müssten sich auch in den Gebieten etablieren, die unter seiner Verwaltung standen. Allerdings kamen die ersten Initiativen in diese Richtung nicht vom Hochkommissariat oder den belgischen Parteien, sondern gingen von den neugewählten Stadtverordneten Eupens aus.⁸⁵

Im Oktober 1923 erfolgte die Gründung der „Christlichen Volkspartei für Eupen Stadt und Land“. Mit Blick auf die erwartete Aufhebung der Sonderverwaltung und die endgültige Angliederung an Belgien sollte die Partei eine gemeinsame Vertretung der katholischen Bevölkerung darstellen.⁸⁶ Wie es ein Redner bei einer Parteiversammlung formulierte, war es das Ziel der Partei, nach der Aufhebung der Sonderverwaltung „fest und geschlossen dazustehen“, um mögliche Eingriffe von außen, beispielsweise auf das konfessionelle Schulsystem, abzuwehren.⁸⁷ Diese Warnung vor den Folgen, die das Ende des Sonderstatus haben könnte, ließ einerseits die ambivalente Haltung zum belgischen Staat anklingen, die die „Christliche Volkspartei“ von Beginn an bezog. Sie wurzelte andererseits in den Erfahrungen der Jahre von 1920 bis 1922, in denen die Sonderverwaltung die städtische Selbstverwaltung sukzessive ihrer Kontrolle unterstellt und der lokalen Verwaltungsautonomie enge Grenzen gesetzt hatte.⁸⁸

In Znojmo/Znaim fand die Neuwahl der Stadtvertretung erst im April 1920 und damit mehr als ein Jahr nach der Einnahme der Stadt durch tschechoslowakische Truppen statt. Die Wahlankündigung stieß grundsätzlich auf die Zustimmung der deutschen Parteien, die bereits zuvor wiederholt die Auflösung der Verwaltungskommission gefordert hatten. Das neue Wahlrecht, das es auch den in der Garnison stationierten Soldaten erlaubte, sich an der Wahl zu beteiligen, ließ aber die Befürchtung aufkommen, dass die Wahl dazu genutzt werden sollte, um eine tschechische Mehrheit in der Stadtvertretung durchzusetzen.⁸⁹ Ungeachtet dessen scheiterten die deutschen Parteien aber bei ihren Verhandlungen über die Bildung einer alle Parteien umfassenden Wahlliste. Die Deutsche Nationalpartei (DNP), die DNSAP

⁸⁴ Lokales. In: Eupener Nachrichten vom 16.06.1922.

⁸⁵ AFÖDAA/DA, 10.791. Gouvernement Eupen-Malmedy an Ministère de l'intérieur Bruxelles [Innenministerium Brüssel]. 24.05.1922.

⁸⁶ Eine christliche Volkspartei für Eupen Stadt und Land. In: Eupener Nachrichten vom 22.10.1923.

⁸⁷ Eupen-Malmedy-St. Vith. In: Eupener Nachrichten vom 12.11.1923.

⁸⁸ Die Christliche Volkspartei (CVP) schloss sich zunächst der ständisch organisierten Katholischen Union an und nominierte bei der Parlamentswahl 1925 einen eigenen Kandidaten auf der Liste dieser Partei. Nach der Neugründung als eigenständige Partei zu Ende der 1920er Jahre kandidierte die CVP bei der Parlamentswahl 1929 und nahm in den folgenden Jahren eine zunehmend irredentistische Haltung ein. Siehe *Pabst*: Eupen-Malmedy in der belgischen Regierungs- und Parteienpolitik 368–372 (vgl. Anm. 9).

⁸⁹ Mit diesen Bedenken wandten sich die deutschen Parteien an Ministerpräsidenten Vlastimil Tusar. Siehe Protest der vereinigten deutschen politischen Parteien Znaims. In: Znaimer Wochenblatt vom 17.01.1920.

und die Deutsche Christlich-Soziale Volkspartei (DCV) traten daraufhin als „Deutsche Volkspartei“ an, während die liberale Deutsche Demokratische Freiheitspartei (DDFP) und die deutschen Sozialdemokraten eigenständig kandidierten.⁹⁰ Auf tschechischer Seite schlossen sich die Nationaldemokraten, die Tschechoslowakische Volkspartei (Československá strana lidová) und die Gewerbspartei (Československá strana živnostenská) unter der Führung von Vilém Veleba zur Liste der „Vereinigten Nationalen Parteien“ (Spojené strany národní) zusammen. Diese Liste führte ihren Wahlkampf vor allem gegen die deutschen Parteien und die tschechischen Sozialdemokraten, die sie gleichermaßen als feindlich ansahen.⁹¹ Im Gegenzug erklärten die tschechischen Sozialdemokraten unter der Führung von Josef Mareš, nach der Wahl nicht nur die nationalen, sondern auch die sozialen Interessen der tschechischen Bevölkerung berücksichtigen zu wollen.⁹²

Bei der Wahl am 11. April 1920 erhielten die tschechischen Sozialdemokraten fast ein Drittel der mehr als 12000 Stimmen und 13 von 42 Mandaten in der Stadtvertretung.⁹³ Nach Angaben des Regierungsbeauftragten war dieser Wahlerfolg aber auch auf die Stimmen der etwa 1200 in der Garnison stationierten Soldaten zurückzuführen, die mehrheitlich für die Sozialdemokraten gestimmt hatten.⁹⁴ Die an zweiter Stelle rangierende „Deutsche Volkspartei“, die auf elf Mandate kam, machte daher vor allem die Soldaten für den Wahlsieg der Sozialdemokraten verantwortlich.⁹⁵ Die „Vereinigten Nationalen Parteien“, die sieben Sitze erhielten, begrüßten das Wahlergebnis aufgrund der Mehrheitsverhältnisse zwar als „tschechischen Sieg“, kritisierten aber ebenso die Beeinflussung der Soldaten durch die Sozialdemokraten.⁹⁶ Nach der Wahl von Josef Mareš zum „ersten tschechischen Bürgermeister“ verstummte diese Kritik.⁹⁷ Der von der Wahlliste der „Deutschen Volkspartei“ zum Vizebürgermeister gewählte Franz Fritz protestierte hingegen in der Stadtvertretung

⁹⁰ Zu den Znaimer Gemeindewahlen. In: Znaimer Wochenblatt vom 24.03.1920.

⁹¹ Spojené národní strany českého Znojma [Vereinigte nationale Parteien des tschechischen Znaim]. In: Moravský jih vom 30.03.1920.

⁹² Znojmské volby [Znaimer Wahlen]. In: Jižní Morava vom 16.03.1920.

⁹³ Die Sitzverteilung gestaltete sich wie folgt: Tschechoslowakische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Československá sociálně demokratická strana dělnická, ČSDSD) 13 Mandate, Deutsche Volkspartei elf Mandate, Vereinigte nationale Parteien sieben Mandate, Tschechoslowakische Sozialistische Partei (Československá strana socialistická) sechs Mandate, Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei (DSAP) drei Mandate, DDFP ein Mandat, Partei der volksbewußten Juden ein Mandat. *Vrbka*: Gedenkbuch der Stadt Znaim 455 (vgl. Anm. 17).

⁹⁴ MZA/B40 PR, 16/5425. Vládní komisař Znojmo [Regierungskommissar Znaim] an Zemská politická správa Brno [Politische Landesverwaltung Brünn], 14.4.1920.

⁹⁵ Znaim ist deutsch – trotz alledem! In: Znaimer Wochenblatt vom 14.04.1920.

⁹⁶ České Znojmo [Das tschechische Znaim]. In: Ochrana vom 15.04.1920. – Po českém vítězství ve Znojmě [Nach dem tschechischen Sieg in Znaim]. In: Moravský jih vom 16.04.1920. – České vítězství ve Znojmě [Tschechischer Sieg in Znaim]. In: Znojmsko vom 17.04.1920.

⁹⁷ Český starosta ve Znojmě [Tschechischer Bürgermeister in Znaim]. In: Moravský jih vom 24.06.1920. – Volba 1. českého starosty ve Znojmě [Wahl des ersten tschechischen Bürgermeisters in Znaim]. In: Ochrana vom 24.06.1920. – První český starosta města Znojma [Erster tschechischer Bürgermeister der Stadt Znaim]. In: Znojmsko vom 26.06.1920.

gegen die Wahl, deren Ziel allein darin bestanden habe, der „deutsch gebliebenen Stadt Znaim eine tschechische Mehrheit“ zu diktieren. Die Mandatare der deutschen Parteien seien aber dazu entschlossen, ihre „Mitarbeit bei der Lösung der bevorstehenden hochwichtigen kommunalen Probleme zuzusichern, wenn diese ohne Beeinträchtigung unserer nationalen Ehre ermöglicht wird“.⁹⁸ Franz Fritz und die anderen deutschen Politiker führten das Wahlergebnis in erster Linie auf die Soldaten zurück, auch wenn diese weniger als ein Zehntel der Wählerschaft ausmachten. Die deutschen Parteien bedienten sich noch in den folgenden Jahren dieser Argumentation, die es ihnen ermöglichte, von einer deutschen Bevölkerungsmehrheit zu sprechen, die durch die stationierten tschechoslowakischen Truppen marginalisiert werde.⁹⁹

Der Gegensatz zwischen Oppositionshaltung und Lokalpolitik „im Interesse der von uns vertretenen Bevölkerungskreise“ bestimmte in den folgenden Monaten das Auftreten der deutschen Mandatare. Die Konflikte in der Stadtvertretung nahmen insbesondere im Zusammenhang mit der Volkszählung 1921 zu, deren Legitimität die deutschen Stadtvertreter bereits im Vorfeld infrage stellten, da die Volkszähler mehrheitlich aus tschechischen Stadtvertretern, Mitgliedern des Nationalausschusses oder des Schutzvereins „Národní jednota“ (Nationale Einheit) bestanden, wengleich auch deutsche und jüdische Volkszähler ernannt worden waren.¹⁰⁰ Die Volkszählung im Februar 1921, nach deren offiziellen Angaben sich die 21 197 Bürger von Znojmo/Znaim zu 55 Prozent zur tschechoslowakischen Nationalität, zu 38 Prozent zur deutschen Nationalität und zu sieben Prozent zu anderen Nationalitäten (darunter mehr als 500 Juden)¹⁰¹ bekannten, führte also bereits vor der Bekanntgabe dieser Zahlen zu Konflikten.¹⁰² Im November 1921 eskalierten die Auseinandersetzungen. Nachdem die tschechischen Stadträte einen Antrag gestellt hatten, die Druckerei des „Znaimer Wochenblatts“ zu schließen, traten die deutschen Mitglieder des Stadtrats und der Stadtvertretung geschlossen zurück. Sie würden sich andernfalls für das Verhalten der tschechischen Mehrheit „mitverantwortlich machen, auch wenn sie in allen Fällen gegen solche Beschlüsse gesprochen und ge-

⁹⁸ Státní okresní archiv Znojmo, Archiv města Znojma [Staatliches Bezirksarchiv Znaim, Archiv der Stadt Znaim, im Folgenden AMZ], AMZ-II-2/1541. Protokol III./1178. sezení městského zastupitelstva [Protokoll der III./1178. Sitzung der Stadtvertretung], 13.09.1920.

⁹⁹ Die in der Tschechoslowakei über viele Jahre geforderte Abschaffung des umstrittenen Soldatenwahlrechts erfolgte schließlich 1927. Siehe Zückert, Martin: Zwischen Nationsidee und staatlicher Realität. Die tschechoslowakische Armee und ihre Nationalitätenpolitik 1918-1938. München 2006 (Veröffentlichungen des Colleg. Carolinum 106) 207-209.

¹⁰⁰ Nach amtlichen Angaben waren 25 tschechische, fünf deutsche und ein jüdischer Volkszähler im Einsatz. Siehe Kudláček, Martin: Sčítání obyvatelstva ve Znojmě v roce 1921 [Die Volkszählung in Znaim im Jahr 1921]. In: Ročenka Okresního archivu ve Znojmě (2002) 29-46, hier 39.

¹⁰¹ Bei der Volkszählung bekannten sich mehr als 60 Prozent der etwa 700 Mitglieder zählenden jüdischen Gemeinde zur jüdischen Nationalität. Zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung siehe Einhorn, Hugo: Geschichte der Juden in Znaim. In: Gold, Hugo (Hg.): Die Juden und Judengemeinden Mährens in Vergangenheit und Gegenwart. Brünn 1929, 579-585.

¹⁰² Bartoš/Schulz/Trapl: Historický místopis Moravy a Slezska 40 (vgl. Anm. 21).

stimmt haben“.¹⁰³ Als Antwort darauf erklärten sich die tschechischen Stadtvertreter parteiübergreifend mit dem Bürgermeister solidarisch. Zwar hatte der Boykott der deutschen Mandatare keine direkten politischen Auswirkungen, da die Stadtvertretung auch ohne sie beschlussfähig war, doch bemühten sich beide Seiten um eine Annäherung. Anfang 1922 fand unter der Vermittlung eines Beamten der Landesverwaltung ein erstes Zusammentreffen zwischen den Parteien statt, um über die Lösung des Konflikts zu verhandeln.¹⁰⁴

Im April 1922 berichtete das „Znaimer Tagblatt“, dass sich die deutschen Parteien auf die Rückkehr in die städtischen Gremien geeinigt hätten.¹⁰⁵ In einer gemeinsamen Erklärung stellten sie fest, dass die Vereinbarungen die „Grundlage für eine annehmbare weitere Entwicklung der Gemeindepolitik in nationaler, wirtschaftlicher und kultureller Beziehung“ darstelle. Auf konkrete Ergebnisse gingen sie aber nicht ein, da diese allein „von der nunmehrigen Arbeit in den Beratungskörpern“ abhängig sei.¹⁰⁶ Nach Angaben der Landesverwaltung forderten die deutschen Stadtvertreter bei gewissen Fragen eine Erhöhung der qualifizierten Mehrheit von 24 auf 28 Stimmen, die es erforderlich gemacht hätte, sie in Entscheidungsprozesse einzubeziehen.¹⁰⁷ Die im April 1922 geschlossenen Vereinbarungen führten zu einer deutlichen Entspannung der Beziehungen zwischen den Parteien. Wie Vizebürgermeister Fritz Ende 1922 schrieb, sei den „wichtigsten Forderungen der Deutschen wenigstens auf dem Papiere Rechnung getragen“ worden.¹⁰⁸ Deren Einhaltung müsse aber „von den Deutschen mühsam Stück für Stück erstritten werden“. Anders als in den Jahren zuvor fanden die Auseinandersetzungen zwischen den deutschen und den tschechischen Parteien aber nicht mehr bei öffentlichen Protestversammlungen statt, sondern beschränkten sich auf den Austausch von Argumenten im Sitzungssaal des Rathauses.¹⁰⁹

Die Annahme des Kompromisses durch die deutschen Parteien in Znojmo/Znaim signalisierte eine sukzessive Akzeptanz der neuen Staatsmacht. Aber auch für die tschechischen Parteien bedeutete sie einen Kompromiss und dadurch eine gewisse Einschränkung ihrer Handlungsmöglichkeiten in der Stadtvertretung. Damit unterschied sich die Entwicklung in Südmähren von der im belgischen Grenzland: In Eupen war es während der Zeit der Sonderverwaltung kaum möglich, politische Konflikte auszutragen, da die Entscheidungsgewalt allein bei der Sonderverwaltung und ihren lokalen Vertretern wie Léon Xhaflaire und Jules de Grand Ry lag. Die

¹⁰³ An die deutsche Bevölkerung! Wähler! In: Znaimer Wochenblatt vom 30.11.1921.

¹⁰⁴ Besprechung der deutschen und tschechischen Stadtvertreter im Rathaus. In: Volkswille vom 10.02.1922.

¹⁰⁵ Wiedereintritt der Deutschen in die Gemeindestube. In: Znaimer Tagblatt vom 29.04.1922.

¹⁰⁶ Zum Wiedereintritte der deutschen Stadtvertreter in die Gemeindestube. In: Znaimer Wochenblatt vom 06.05.1922.

¹⁰⁷ Národní archiv Praha, Fond Ministerstvo vnitra/Stará registratura 1919-1944 [Nationalarchiv Prag, Bestand Innenministerium/Alte Registratur 1919-1944], 584, 21/112/21. Zemská politická správa Brno [Politische Landesverwaltung Brünn] an Ministerstvo vnitra Praha [Innenministerium Prag], 30.04.1922.

¹⁰⁸ Vier Jahre tschechischer Herrschaft in Znaim. In: Znaimer Tagblatt vom 22.12.1922.

¹⁰⁹ *Ebenda.*

Stadtverordnetenversammlung hatte dadurch praktisch keine Möglichkeit, ihre Interessen einzubringen oder in Verhandlungsprozesse einzutreten. Darüber hinaus führte die bis 1925 bestehende Pressezensur dazu, dass politische Entscheidungsprozesse nur unter erschwerten Bedingungen diskutiert werden konnten.¹¹⁰

Fazit

Die Erfahrungen der frühen Nachkriegszeit prägten in beiden Städten die Lokalpolitik langfristig. Die 1921 erfolgte Einsetzung von Jules de Grand Ry zum Bürgermeister Eupens erwies sich als richtungweisend für die Haltung der belgischen Behörden gegenüber der städtischen Selbstverwaltung. Kurz vor dem Ende der Sonderverwaltung 1925 berief Hochkommissar Baltia den Notar Léon Xhaflaire zum Bürgermeister, der zu Beginn der 1920er Jahre für die Verwaltung des Kreises Eupen zuständig gewesen war.¹¹¹ Jules de Grand Ry übernahm indessen die Verwaltung des Kantons Eupen.¹¹² Nach der Wahl von 1926 lehnte die Regierung den Bürgermeisterkandidaten aus den Reihen der Stadtverordnetenversammlung ab. Die sogenannte „Bürgermeisterfrage“ entschied sich erst, nachdem die Regierung 1928 einen eigenen Kandidaten zum Bürgermeister von Eupen ernannt hatte, der bis zum deutschen Einmarsch 1940 im Amt blieb.¹¹³ In diesem Zusammenhang führte die Regierung eine Sonderregelung für die Kantone Eupen, Malmedy und St. Vith ein, die es ihr ermöglichte, Beamte wie zur preußischen Zeit zu Amtsbürgermeistern zu ernennen.¹¹⁴ Wie bestimmend die Konstellation der unmittelbaren Nachkriegszeit für die Politik späterer Jahrzehnte war, zeigt sich am fortdauernden Misstrauen der Zentralregierung gegenüber der städtischen Selbstverwaltung, die die kommunale Autonomie dauerhaft beschnitt. So lehnte Brüssel noch in den 1960er Jahren Bürgermeisterkandidaten ab, die es als ungeeignet ansah. Das Misstrauen der Zentralregierung gegenüber der städtischen Selbstverwaltung führte auch in den folgenden Jahrzehnten zur Einschränkung der kommunalen Autonomie.¹¹⁵

Im Gegensatz dazu stellte der 1922 in Znojmo/Znaim geschlossene Kompromiss

¹¹⁰ *Christmann*: Presse und gesellschaftliche Kommunikation 164 f. (vgl. Anm. 67).

¹¹¹ Aus Eupen und Umgebung. In: Eupener Zeitung vom 30.05.1925.

¹¹² StA Eupen/SEN, 26/18/4. Commissaire d'Arrondissement de Verviers, Eupen et Malmédy [Bezirkskommissar Verviers, Eupen und Malmedy] an Bürgermeister Eupen, 05.06.1925. – Staatsarchiv Eupen, Archiv des Bezirkskommissariats Malmedy, 1329. Commissaire d'Arrondissement de Verviers, Eupen et Malmédy [Bezirkskommissar Verviers, Eupen und Malmedy] an Ministère de l'Intérieur Bruxelles [Innenministerium Brüssel], 30.06.1925.

¹¹³ Zur Eupener „Bürgermeisterfrage“ siehe *Christmann*: Presse und gesellschaftliche Kommunikation 257-259 (vgl. Anm. 67).

¹¹⁴ *Schmalenbeck*, Fritz: Die neubelgischen Kantone Eupen-Malmedy in ihrer staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Stellung. Bonn, Köln 1931 (Bonner rechtswissenschaftliche Abhandlungen 21) 19-22.

¹¹⁵ Der 1928 von der Regierung eingesetzte Bürgermeister Hugo Zimmermann (1892-1964) blieb abgesehen von den Jahren zwischen 1940 und 1944 bis zu seinem Tod 1964 im Amt. Anschließend weigerte sich die Regierung, den Mehrheitskandidaten Hubert Mießen als Bürgermeister zu bestätigen. Siehe *Mießen*, Werner: Hubert Mießen. Eine ostbelgische Biographie im 20. Jahrhundert. In: *Brüll*, Christoph (Hg.): Zoom 1920-2010, 163-190, hier 186-190 (vgl. Anm. 10).

eine effektive Arbeitsgrundlage für die Stadtvertretung dar. Ab Beginn der 1930er Jahre stieß das von der Zusammenarbeit zwischen Bürgermeister Josef Mareš und seinem Stellvertreter Franz Fritz geprägte politische System aber mehr und mehr an seine Grenzen.¹¹⁶ Vizebürgermeister Franz Fritz musste sich Ende 1933 nach der Selbstaflösung der Deutschen Nationalpartei von seinem Amt zurückziehen.¹¹⁷ Unterdessen starteten die oppositionellen tschechischen Parteien nach einem Jahrzehnt sozialdemokratischer Herrschaft eine Kampagne gegen den Bürgermeister. Sie schlossen sich zusammen, um die Absetzung von Josef Mareš durchzusetzen, dem sie Amtsmissbrauch und Fraternisierung mit den deutschen Parteien vorwarfen. Diese Aktion verfehlte aber ihr Ziel, da es die Landesverwaltung ablehnte, den Bürgermeister zu entlassen. Dennoch musste Josef Mareš im Zuge der Wahl von 1935 auf sein Amt verzichten, weil die anderen tschechischen Parteien nicht länger bereit waren, mit ihm zusammenzuarbeiten.¹¹⁸

In beiden Städten sollten sich die Erfahrungen der Nachkriegszeit als prägend für die politische Entwicklung während der Zwischenkriegszeit erweisen. In personeller Hinsicht beeinflussten die zu Beginn der 1920er Jahre an die Spitze der Stadtverwaltung berufenen Akteure auch in den folgenden Jahren die Lokalpolitik. Die Bürgermeister Eupens gelangten aber nicht durch Wahlen, sondern durch Ernennungen in ihr Amt. Belgien schränkte dadurch den Grundsatz der kommunalen Autonomie, der die politische Entwicklung des Landes während des 19. Jahrhunderts bestimmt hatte, für den neugewonnenen Landesteil ein.¹¹⁹

In vergleichender Perspektive lassen sich anhand der Entwicklungen in Eupen und Znojmo/Znaim die Grenzen und Möglichkeiten der Einflussnahme auf lokale Entscheidungsprozesse im politischen Umbruch zeigen. Während sich der Herrschaftswechsel in beiden Städten ohne offene militärische Auseinandersetzungen und weitgehend friedlich vollzog, waren die nachfolgenden politischen Entwicklungen mit starken Umbrüchen in der städtischen Selbstverwaltung verbunden. Das Ziel der im Gebiet der ehemaligen Kreise Eupen und Malmedy eingesetzten Sonderverwaltung lag darin, die bestehende Verwaltung im Sinne einer Zivilisierungsmission an die belgische Verwaltungspraxis heranzuführen.¹²⁰ Dabei setzten die

¹¹⁶ Zu den Schwächen des politischen Systems der Ersten Republik siehe Bugge, Peter: Czech Democracy 1918-1938. Paragon or Parody? In: *Bohemia* 47 (2006/2007) H. 1, 3-28, hier 8-13.

¹¹⁷ Franz Fritz musste zu Jahresende 1933 auf sein Amt verzichten, nachdem sein Einspruch gegen den Mandatsverlust von den Behörden abgelehnt worden war. Siehe Konečně [Endlich]. In: *Znojemsko* vom 29.12.1933.

¹¹⁸ Zur Person von Josef Mareš (1885-1945) siehe Bouda, Otto/Černošek, Lubomír: Dr. Josef Mareš, první český starosta Znojma. 65 let od jeho úmrtí v Terezíně [Dr. Josef Mareš, erster tschechischer Bürgermeister Znaims. 65 Jahre nach seinem Tod in Theresienstadt]. In: *Sborník Státního okresního archivu Znojmo* (2010) 192-208.

¹¹⁹ Zur Entwicklung der belgischen Kommunalautonomie im 19. Jahrhundert siehe Van Ginderachter, Maarten: An Urban Civilization. The Case of Municipal Autonomy in Belgian History 1830-1914. In: Zimmer, Oliver/Whyte, William (Hgg.): *Nationalism and the Reshaping of Urban Communities in Europe, 1848-1914*. Basingstoke 2011, 110-130.

¹²⁰ Zum Einfluss der Sonderverwaltung auf die lokale Selbstverwaltung siehe auch O'Connell,

Sonderverwaltung, später die belgische Regierung und die Provinzverwaltung der lokalen Verwaltungsautonomie enge Grenzen. Die städtische Selbstverwaltung war nach 1920 mit direkten Interventionen höherer Verwaltungsebenen konfrontiert, wobei das Fehlen von lokalen Ausgleichsmechanismen und eigenen Handlungsspielräumen zur wachsenden Polarisierung der lokalen Politik beitrug.¹²¹ In Znojmo/Znaim stand die städtische Selbstverwaltung zunächst unter der Führung der Mährischen Landesverwaltung, die bis 1920 einen Beamten als Regierungsbeauftragten einsetzte. Nach der Wahl führte die von den tschechischen Mandataren ausgehende Nationalisierung der kommunalen Strukturen zur Eskalation der Konflikte zwischen den tschechischen und den deutschen Parteien. In diesem Zusammenhang trat die Landesverwaltung erneut erfolgreich als Vermittlerin zwischen den Parteien auf. Die auf diesem Weg erreichte Einbindung deutscher Akteure in die lokale Politik trug dazu bei, dass sich die Beziehungen zwischen den Parteien allmählich beruhigten und stabilisierten.¹²² Es lässt sich also feststellen, dass das Zusammenspiel zwischen lokalen, regionalen und nationalen Verwaltungsebenen stark unterschiedliche Auswirkungen auf die Selbstverwaltung beider Städte hatte. Während die belgischen Behörden Eupen gegenüber paternalistisch und restriktiv auftraten, bewährte sich die Landesverwaltung in Znojmo/Znaim als Vermittlerin zwischen den Parteien. Diese von Seiten des Staates beziehungsweise der Landesverwaltung gesetzten Limitierungen gegenüber den nationalisierenden Bestrebungen lokaler Akteure wirkten als Konkordanzmechanismen und führten zum Abbau von Konflikten.¹²³

Die politische Entwicklung in Eupen und Znojmo/Znaim zwischen 1918 und 1922 weist sowohl Elemente der Kontinuität zwischen alter und neuer Ordnung als auch des dynamischen Wandels auf. Die Frage nach der Kontinuität ist insbesondere für die Forschung zur städtischen Selbstverwaltung in den böhmischen Ländern von Interesse, die sich stark auf die Zeit bis 1914 konzentriert.¹²⁴ Im Gegensatz dazu ist die kommunale Politik in der Ersten Republik auf weit geringeres Interesse gesto-

Vincent: Dictating Democracy. The Impact of Governor Baltia's Transitory Regime on Local Government in Eupen-Malmedy 1919-1922. In: *International Journal of Regional and Local Studies* 6 (2011) vol. 2, 162-187.

¹²¹ Zur Polarisierung der lokalen Politik siehe *Pabst*: Eupen-Malmedy in der belgischen Regierungs- und Parteienpolitik 389-434 (vgl. Anm. 9).

¹²² Diese Entwicklung zeigte sich insbesondere während der Jahre von 1933 bis 1935, als sich die bürgerlichen tschechischen Parteien aus der Stadtvertretung zurückzogen, um die Absetzung des Bürgermeisters durchzusetzen. In dieser Zeit verblieben die tschechischen Sozialdemokraten und die deutschen Parteien in der Stadtvertretung, womit ihre Beschlussfähigkeit auch weiterhin garantiert war.

¹²³ Zu diesen Limitierungen vor 1914 siehe *King*, Jeremy: The Municipal and the National in the Bohemian Lands 1848-1914. In: *Austrian History Yearbook* 42 (2011) 89-109.

¹²⁴ Die städtische Selbstverwaltung in den böhmischen Ländern wird dabei teilweise sogar als Vorstufe der staatlichen Eigenständigkeit interpretiert. Siehe *Hlavačka*, Milan: Samospráva jako předstupu státní samostatnosti? [Die Selbstverwaltung als Vorstufe der staatlichen Eigenständigkeit?] In: *Zlatý věk české samosprávy. Samospráva a její vliv na hospodářský, sociální a intelektuální rozvoj Čech 1862-1913* [Das goldene Zeitalter der tschechischen Selbstverwaltung. Die Selbstverwaltung und ihr Einfluss auf die wirtschaftliche, soziale und intellektuelle Entwicklung Böhmens 1862-1913]. Praha 2006, 16-36. – *Velek*, Luboš:

ßen, womit die Zäsur zwischen der Habsburgermonarchie und der Tschechoslowakei betont wird.¹²⁵ Anhand der Fallstudie Znojmo/Znaim zwischen 1918 und 1922 lassen sich eine Reihe von Anknüpfungspunkten zwischen alter und neuer Ordnung erkennen. So behielt die tschechoslowakische Gesetzgebung einen Großteil der bestehenden Strukturen der kommunalen Selbstverwaltung bei, auch wenn der neue Staat die Gemeindeautonomie teilweise einschränkte.¹²⁶ In personeller Hinsicht zeigte sich die Kontinuität beispielsweise anhand des von der Landesverwaltung eingesetzten Regierungsbeauftragten, der bereits vor 1914 in der lokalen Bezirkshauptmannschaft tätig gewesen war. Die rasche Transformation war nicht zuletzt aufgrund dieser personellen Kontinuitäten in der Verwaltung möglich.¹²⁷ Ein Moment der Stabilität bildeten auch die in der Monarchie entstandenen Vereine und Verbände, die das gesellschaftliche Leben der Stadt bestimmten – und zwar über das Weltkriegsende hinaus. Die nach 1918 neu gegründeten Parteien stützten sich auf diese Strukturen, die rasch an die Verhältnisse in der Tschechoslowakei adaptiert werden konnten, so beispielsweise im ersten Wahlkampf 1920.¹²⁸

In Eupen verfolgte die Sonderverwaltung hingegen das Ziel, die bestehenden politischen Strukturen außer Kraft zu setzen. Die Frage, wie die Bevölkerung in das neue politische System einbezogen werden sollte, war demgegenüber von untergeordneter Bedeutung. Die bis dahin in der Zentrumsparterie vereinte Mehrheit der Stadtbevölkerung musste zunächst eine neue Partei gründen, um ihre politischen Interes-

Rozvíjení české samosprávy jako náhrady neexistujícího státu a jako představně státní samostatnosti [Die Entwicklung der tschechischen Selbstverwaltung als Ersatz für den nichtexistierenden Staat und als Vorstufe der staatlichen Eigenständigkeit]. In: *Hanuš, Jiří/Mališ, Jiří/Fasora, Lukáš* (Hgg.): *Občanské elity a obecní samospráva 1848-1948* [Bürgerliche Eliten und Gemeindegemeinschaften 1848-1948]. Brno 2006, 146-162.

¹²⁵ Auch Jeremy King behandelt in seiner Arbeit zur Nationalisierung der städtischen Gesellschaft von České Budějovice/Böhmisch Budweis, die den Zeitraum zwischen 1848 und 1948 umfasst, hauptsächlich das 19. Jahrhundert und geht nur kurz auf die Zwischenkriegszeit ein. *King: Budweisers into Czechs and Germans 153-177* (vgl. Anm. 4). Siehe dazu die kritische Rezension von Peter Haslinger in: *Bohemia* 45 (2004) H. 1, 255-259.

¹²⁶ *Schelle, Karel: Vývoj správy na Moravě a ve Slezsku* [Die Entwicklung der Verwaltung in Mähren und in Schlesien]. Brno 1991 (Spisy Právnické fakulty Masarykovy univerzity v Brně 96) 106-115. – *Slapnicka, Helmut: Gemeindeautonomie in der Donaumonarchie und in den Nachfolgestaaten*. In: *Österreichische Osthefte* (1992) 74-89.

¹²⁷ Siehe dazu die Analyse von Ivan Šedivý zur Frage der personellen Kontinuität anhand der Ernennungen des Innenministeriums 1918-1921: *Šedivý, Ivan: K otázce kontinuity nositelů státní moci. Jmenování vedoucích úředníků v kompetenci ministerstva vnitra v letech 1918-1921* [Zur Frage der Kontinuität von Trägern der Staatsmacht. Die Einsetzung von leitenden Beamten im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums in den Jahren 1918-1921]. In: *Ders./Hájek, Jan/Hájková, Dagmar u.a.* (Hgg.): *Moc, vliv a autorita v procesu vzniku a utváření meziválečné ČSR 1918-1921* [Macht, Einfluss und Autorität im Prozess der Entstehung und Formierung der Zwischenkriegs ČSR 1918-1921]. Praha 2008, 184-196.

¹²⁸ Zur „Versäulung“ der Gesellschaft in der Ersten Republik siehe *Zückert, Martin: Die Repräsentation von Staat und Demokratie in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Chancen und Grenzen ihrer Integrationskraft*. In: *Lehnert, Detlef* (Hg.): *Demokratielkultur in Europa. Politische Repräsentation im 19. und 20. Jahrhundert*. Köln, Weimar, Wien 2011 (Historische Demokratieforschung 1) 243-260, hier 256 f.

sen zum Ausdruck zu bringen. Während das Führungspersonal der Verwaltung in erster Linie aus Personen bestand, die erst nach 1920 in die Stadt gekommen waren, gelangten lokale Akteure kaum in Leitungsfunktionen. Die Auswirkungen dieser Entwicklung zeigten sich dann vor allem in den 1930er Jahren, als sich die Konflikte zwischen irredentistischen und staatsloyalen Kräften zuspitzten. Hierbei spielten auch die Erfahrungen zu Beginn der 1920er Jahre eine Rolle, die das Vertrauen in das demokratische System des belgischen Staats unterminiert oder ein solches Vertrauen erst gar nicht hatten entstehen lassen.¹²⁹

Anhand der politischen Entwicklungen in peripheren Grenzstädten wie Eupen und Znojmo/Znaim lassen sich nicht nur die Einflussmöglichkeiten von lokalen und regionalen Akteuren gegenüber nationalstaatlichen Zentralisierungstendenzen untersuchen. Die politischen Entwicklungen in beiden Städten nach dem Ersten Weltkrieg und zu Beginn der 1920er Jahre weisen darüber hinaus auch auf das Modernisierungspotential der städtischen Gesellschaft hin. Im Vergleich der beiden Fallstudien fällt insbesondere der hohe Grad an zivilgesellschaftlicher Mobilisierung in Znojmo/Znaim auf. Während die Gemeindepolitik bis dahin vor allem von den deutschen Honoratioren bestimmt worden war, bauten die neugegründeten tschechischen und deutschen Parteien rasch ein dichtes Organisationsnetzwerk auf. Ihre Aktivitäten trugen dazu bei, dass politische Anliegen wirkungsvoll in der städtischen Öffentlichkeit kommuniziert werden konnten. Dem gegenüber fällt das weit schwächere Mobilisierungspotential der städtischen Gesellschaft in Eupen auf, die der neuen Herrschaft abgesehen von den Protesten im April 1920 kaum Widerstand entgegensetzte.¹³⁰

¹²⁹ Lejeune, Carlo: Eine junge Demokratie, zu wenig Demokraten? In: *Ders./Cremer/Fickers: Spuren in die Zukunft* 63-73, hier 69 f. (vgl. Anm. 59).

¹³⁰ Pieter Judson hat die nationalistischen Vereine, die in den „Sprachgrenzen“ tätig waren, als Beispiele für das zivilgesellschaftliche Mobilisierungspotential der Habsburgermonarchie benannt. *Judson: Guardians of the Nation* 7 (vgl. Anm. 18).